



SPD – Fraktion im Rat der Gemeinde Ostbevern

Ostbevern, den 9. 11. 10

Herrn
Bürgermeister Joachim Schindler
Frau
Mechthild Breuer
Vorsitzende des Umwelt- und Planungsausschusses
48346 Ostbevern

Antrag der SPD Fraktion

Betrifft: Neuordnung der Arbeitsgemeinschaft für Beschäftigung im Kreis WAF:
Fehlende Beteiligung des Rates

Zum 1. 1. 2011 muss die Arbeitsgemeinschaft für Beschäftigung neu organisiert werden. Nach der Grundgesetzänderung sollen ab 2011 Langzeitarbeitslose in der Regel durch die Bundesagentur für Arbeit und die Kommune in einer gemeinsamen Einrichtung betreut werden. Neben diesem Regelfall ist als Ausnahme das sog. Optionsmodell möglich. Wie aus der Presse und entsprechenden Mitteilungen aus dem Kreishaus und dem Kreistag zu entnehmen war, will der Kreis Warendorf sich für das Optionsmodell bewerben.

Die SPD – Fraktion bedauert, dass diese wichtige Entscheidung nicht im Rat der Gemeinde diskutiert worden ist.

Wir bedauern besonders, dass sich offensichtlich auch der Bürgermeister von Ostbevern im Gremium der Bürgermeister des Kreises Warendorf, ohne den Rat informiert oder sich um seine Zustimmung bemüht zu haben, für das Optionsmodell ausgesprochen hat. (Vgl. WN vom 5. November 2010)

Da die Alternative 'gemeinsame Einrichtung' oder 'Optionsmodell' ganz konkret auch die Arbeit für die Langzeitarbeitslosen vor Ort in Ostbevern (und möglicherweise auch Arbeitsplätze) betrifft, beantragt die SPD – Fraktion, das Thema "Neuorganisation der Arbeitsgemeinschaft für Beschäftigung" auf die Tagesordnung der UPA-Sitzung und der Ratssitzung vom 23. November 2010 zu setzen.

Die SPD – Fraktion erbittet dazu einen Sachstandsbericht des Bürgermeisters, in dem der Entscheidungsprozess im Kreis und bei den Bürgermeistern dargestellt werden sollte und in dem die entscheidenden Gründe, die zur Zustimmung zum Optionsmodell geführt haben, aber auch Vor- und Nachteile beider Modelle, referiert werden sollten. Zudem möchten wir wissen, welche Möglichkeiten der Rat der Gemeinde noch hat, Einfluss auf den Entscheidungsprozess zu nehmen.

Um in Zukunft bei ähnlichen Fällen frühzeitige Mitbeteiligung zu erreichen, beantragen wir: Die Verwaltung hat auch in Fragen der Kreispolitik, die zwar letztlich im Kreistag entschieden werden, aber die konkrete Arbeit von Verwaltung und Politik in Ostbevern betreffen, den Rat rechtzeitig, umfassend und unter Darlegung der wichtigsten Alternativen zu informieren.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Eisel